

**Kantonsrat**  
Parlamentsdienste

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

## **Antrag Benjamin von Däniken (Die Mitte, Kestenholz)**

**vom 24. Juni 2022**

### **Traktandum SGB 064/2022: Projektergänzungen beim A1-Ausbau im Gäu; Bewilligung eines Verpflichtungskredits**

#### Ziff. 1 soll lauten:

Für die Realisierung der «Projektergänzungen beim A1-Ausbau im Gäu» wird ein Verpflichtungskredit von brutto **21'500'000 Franken** (inkl. MWST) bewilligt (Basis Schweizerischer Baupreisindex, Teilindex Tiefbau, Stand 1. April 2018). Davon in Abzug kommt ein voraussichtlicher Bundesbeitrag in der Höhe von voraussichtlich **12'900'000 Franken**. Der Betrag basiert auf einem Vorprojekt und weist eine Genauigkeit von +/- 20 % auf.

#### Begründung:

Nachdem im Dezember 2020 der fraktionsübergreifende dringliche Auftrag zur Untertunnelung, resp. Einhausung beim A1-Ausbau im Gäu mit knapp 75 % der Stimmen erheblich erklärt wurde, liegen nun die gewünschten Verbesserungen samt Preisschild vor. Als flankierende Massnahme ist letztendlich lediglich die Variante 1.3a, die Verlängerung der Lärmschutzwand Oensingen beantragt.

Beim A1-Ausbau handelt es sich um ein Generationenprojekt. Das Gäu hat mehr als eine Projektergänzung zum A1-Ausbau verdient. Dies verdeutlichten auch mehrere Voten anlässlich der Erheblicherklärung des erwähnten Auftrags. Lassen wir den Worten Taten folgen. Aus diesem Grund soll mit der Variante 2c eine weitere Projektergänzung in den Verpflichtungskredit inkludiert werden, was zusätzliche Bruttokosten von 12'100'000 Franken ausmacht.

Die Variante 2c weist von den übriggebliebenen Varianten das beste Kosten-/Nutzenverhältnis auf. Es können immerhin wahrnehmbare Reduktionen um 6 bis 8 dB(A) erreicht werden. Die positive Wirkung auf den östlichen Teil der Gemeinde Niederbuchsiten ist nicht zu unterschätzen, obwohl dieses zum Teil unbewohnt ist. Auf den westlichen Teil der Variante könnte verzichtet werden, was die zusätzlichen Kosten verringern würde.

Mit der vom Regierungsrat beantragten Variante 1.3a für brutto 9'400'000 Franken würde der Autobahnausbau bereits um 1 - 2 Jahre verzögert. Mit der zusätzlichen Variante 2c ergäben sich keine weiteren terminlichen Auswirkungen. Die finanziellen Folgen der zusätzlichen Massnahmen sind im Beschlussesentwurf aufgezeigt und werden als tragbar erachtet.

Die Schwelle von 5'000'000 Franken wird damit überschritten, sodass der Beschluss über den Verpflichtungskredit dem obligatorischen Referendum unterliegt.